

Alte Fehde, neues Thema: Tomaselli erzürnt Hanger mit Vorstoß zu U-Ausschuss

Grüne will Benko-Imperium „kurz und knackig“ durchleuchten. ÖVP wirft ihr vor, es gehe ihr nur um „Profilierung“. Klar ist: Die Zeit drängt

Parlament. Der U-Ausschuss war der Ort, an dem ÖVP und Grüne ihre wechselseitigen Antipathien offen ausleben konnten. Jetzt, da ein neuer U-Ausschuss anstehen dürfte, nehmen Andreas Hanger und Nina Tomaselli diese „alte Tradition“ wieder auf.

SPÖ und FPÖ verhandeln seit Monaten „intensiv“, aber bis dato ohne präsentables Ergebnis, am Mittwoch grätscht die grüne Tomaselli mit einem Arbeitsauftrag dazwischen: Sie will das Imperium von Investor René Benko „kurz und knackig“ vor der Wahl im Herbst 2024 durchleuchtet haben. „Gab es eine Spezialbehandlung seitens der Politik, dass er überhaupt sein Luftschlosser-Reich so aufbauen konnte?“, fragt Tomaselli –



Nina Tomaselli will kein Foul am Koalitionspartner erkennen. Andreas Hanger wirft ihr indes vor, sie betreibe „Showpolitik“

und sieht die Opposition am Zug, die den Ausschuss dank Minderheitenrecht einsetzen könnte. Mitmachen würden die Grünen dann aber schon. Ein Foul am Koalitionspartner will sie nicht erkennen: „Es sind ja viele dem angeblichen Wunderwuzzi auf den Leim gegangen. Das betrifft Vertreter fast aller Parteien.“

Die ÖVP (die übrigens selbst einen Antrag in der



Schublade hat, der sich gegen die Grünen richtet) sieht das weniger entspannt. „Die Abgeordnete Tomaselli fällt einmal mehr mit einer Einzelmeinung auf“, sagt ÖVP-Mandatar Hanger. Es gehe ihr offenbar „nicht darum, konstruktive Politik zu betreiben, sondern einzig um persönliche Profilierungen“.

Tomaselli solle ihr Anliegen an SPÖ-Chef Andreas Bamberger richten: „Vielleicht kann

dieser Licht in die Verstrickungen des Ex-SPÖ-Kanzlers und Signa-Aufsichtsratschefs Alfred Gusenbauer bringen.“

Die SPÖ ist gar nicht abgeneigt: Es lägen viele Skandale auf dem Tisch, die aufgeklärt gehörten, die Kika/Leiner-Übernahme durch die Signa gehöre sicher dazu, heißt es aus dem Klub. „Wir sind dazu in Gesprächen mit den anderen Oppositionsparteien.“ Über den Vorstoß der Grünen zeigt man sich aber doch irritiert: „Als Regierungspartei der Opposition zu sagen, was sie untersuchen soll, ist bisher noch nicht vorgekommen.“

Die FPÖ reklamiert unterdessen die Idee zum Benko-U-Ausschuss für sich: Bereits im Juni habe man einen entsprechenden Antrag eingebracht,

dieser sei aber von allen Parteien abgelehnt worden.

Von der Streiterei unberührt bleiben die Neos: Mandatar Nikolaus Scherak ist offen für Gespräche, will aber „seriöse Arbeit“, und keine „Schlammschlachten“ mehr.

Nur vier Monate Zeit

Fest steht: Die Zeit wird knapp. Angenommen, ein Verlangen wird kommende Woche im Nationalrat eingebracht – dann könnte die inhaltliche Arbeit des U-Ausschusses wohl erst Anfang März starten, sagt Parlamentarismusexperte Werner Zögernitz. Grund ist die lange Vorlaufzeit: Beschlüsse, Konstituierung, Planung, die Ladung von Auskunftspersonen, die Aktenlieferungen – das alles dauert.

Anfang Juli müsste schon wieder Schluss sein, denn mit der Nationalratswahl, die Ende September über die Bühne gehen dürfte, endet die Legislaturperiode. Der Abschlussbericht muss laut Verfahrensordnung bis zum 82. Tag vor der Wahl eingebracht werden.

Nach Zögernitz' Berechnungen dürften für Befragungen also nur vier Monate übrig bleiben. „Das wäre machbar“, sagt er – und hätte einen Vorteil: „Die Versuchung, mehrere Themen anzugehen und dabei auszufransen, wäre weniger groß. Man könnte dafür bei einem Thema mehr in die Tiefe gehen.“ Zum Vergleich: Der Ibiza-U-Ausschuss dauerte 20 Monate, der ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss 16 Monate.

RAFFAELA LINDORFER